

Ein Präsident – zwei Mexikos

Herausforderungen für die neue Regierung angesichts der Polarisierung des Landes

Ursula Stiegler

Nach einem wochenlangen »Wahlkrimi« hat das Oberste Wahlgericht Mexikos am 5. September 2006 den Konservativen Felipe Calderón Hinojosa von der Partei der Nationalen Aktion (PAN) zum neuen Präsidenten des Landes erklärt. Der in der Wahl hauchdünn unterlegene Kandidat der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) Andrés Manuel López Obrador erkannte diese Entscheidung jedoch nicht an und kündigte eine Fortführung der bereits seit Juli andauernden Proteste an. Neben dieser Infragestellung seiner Legitimität steht der neue Präsident, der laut Gesetz am 1. Dezember sein Amt antritt, vor einer Reihe weiterer Herausforderungen: Überfällige Reformen müssen angegangen, die öffentliche Sicherheit verbessert und die gravierenden sozialen Ungleichheiten entschärft werden. Angesichts der tiefen Spaltung des Landes sind die Regierbarkeit und internationale Handlungsfähigkeit Mexikos auf eine schwere Probe gestellt.

Die Präsidentschaftswahlen am 2. Juli 2006 waren die am heftigsten umkämpften in der Geschichte Mexikos und der Wahlausgang entsprechend knapp. Nach der Anfechtung des Wahlergebnisses durch den Zweitplatzierten Andrés Manuel López Obrador von der Partei der Demokratischen Revolution (PRD), einer Neuauszählung eines Teils der Stimmen und zwei Monaten der Ungewissheit erklärte das Oberste Wahlgericht Mexikos am 5. September die Wahl für gültig und Felipe Calderón Hinojosa von der Partei der Nationalen Aktion (PAN) zum neuen Präsidenten. Gemäß dem amtlichen Endergebnis hat Calderón die Wahl mit einem Vorsprung von 133 831 bzw. 0,56 Prozent der Stimmen und einem

historisch geringen Stimmenanteil von lediglich 35,7 Prozent gewonnen.

In seinem einstimmig beschlossenen und nicht mehr anfechtbaren Urteil bestätigte das Gericht zwar, dass es während des Wahlprozesses Unregelmäßigkeiten gegeben habe, erklärte diese jedoch für nicht ausreichend, um die Wahl zu annullieren. López Obrador akzeptierte auch dieses Urteil nicht und kündigte eine Fortführung der Proteste an.

Die Meinungen über das Urteil und den von López Obrador und seinen Anhängern beklagten »Wahlbetrug« sind in Mexiko gespalten: Während die einen die Sauberkeit des Wahlprozesses und die Reife der demokratischen Institutionen loben, sprechen

andere von einem fehlerhaften Urteil und mangelnder Transparenz. Laut einer jüngsten Umfrage glauben immerhin 59 Prozent der Hauptstadtbewohner an einen Wahlbetrug. Solange die Stimmzettel nicht in einem transparenten Prozess komplett neu ausgezählt werden, bleiben die Zweifel hinsichtlich des Ergebnisses wohl bestehen.

Herausforderungen für die neue Regierung

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen steht der neue Präsident vor Herausforderungen auf drei Ebenen: erstens der Bewältigung politischer und wirtschaftlicher Probleme grundsätzlicher Art, zweitens der Schwierigkeit, angesichts der Polarisierung des Landes zu regieren, und drittens der angekündigten Obstruktionspolitik López Obradors.

1. Auch wenn Mexiko in den letzten Jahren deutliche Fortschritte in seiner demokratischen Entwicklung gemacht hat, blieben alte Strukturen bestehen, so dass weitere Staatsreformen und Maßnahmen zur Vertiefung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dringend geboten sind. Die Korruption ist allgegenwärtig, und weder Presse- und Versammlungsfreiheit noch die Menschenrechte und die Rechte der indigenen Bevölkerung sind vollständig garantiert. Eine Aufarbeitung der Verbrechen des sogenannten »Schmutzigen Krieges«, den das PRI-Regime in den siebziger Jahren gegen linksgerichtete Gegner führte, wurde bisher nur in Ansätzen vorgenommen. Auch steht der Abbau von Bürokratie und ineffizienten Regelungen auf der Agenda.

Eine der offensichtlichsten Aufgaben der neuen Regierung ist die Einführung der Stichwahl für die Präsidentschaftswahlen. Auch wäre es sinnvoll, Abgeordneten und den Inhabern anderer öffentlicher Ämter die Wiederwahl zu ermöglichen, um eine größere Kontinuität von Verantwortlichkeit gegenüber den Wählern von Seiten der politischen Akteure zu gewährleisten.

2. Zwar ist die Ausgangslage für Calderón dank der wirtschaftlichen Entwicklung

und der stabilen makroökonomischen Daten Mexikos auf den ersten Blick durchaus positiv. Jedoch ist das derzeitige Wirtschaftswachstum nicht so sehr Produktivitätszuwächsen als den hohen Ölpreisen zu verdanken, und Mexiko ist weiterhin extrem abhängig von der US-Konjunktur und der *Maquila*-Industrie. Zudem hat das Land im Vergleich zu anderen Staaten mit einem hohen Anteil an Fertigungsindustrie in den letzten Jahren an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt und musste 2003 seine Position als zweitwichtigster Handelspartner der USA an China abtreten.

Angesichts dieser Tendenzen stehen eine Reihe überfälliger struktureller Reformen an: erstens eine Steuerreform, um die äußerst niedrigen Steuereinnahmen unter anderem im Bereich der direkten Besteuerung zu erhöhen, zweitens die Revision der Energiepolitik, um dringend notwendige Investitionen in diesem Sektor zu ermöglichen, und drittens – angesichts des rapide anwachsenden informellen Sektors – Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Darüber hinaus muss Mexiko auch massiv in Bildung und Humankapital investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

3. Wenngleich Armut und soziale Ungleichheit in den letzten Jahren leicht abgenommen haben, definiert die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik noch immer knapp 40 Prozent der mexikanischen Bevölkerung als arm und rund 12 Prozent als extrem arm. Auch die Einkommenskonzentration ist nach wie vor gravierend: 2004 verfügte das reichste Zehntel der Mexikaner über 30 Prozent der Einkommen, die 40 Prozent Ärmsten über rund 18 Prozent. Diese soziale Ungleichheit stellt eine der größten Bedrohungen für die politische Stabilität des Landes dar. Ohne die Emigration von jährlich circa einer halben Million Mexikaner in die USA und deren Rücküberweisungen, die 2005 rund 20 Milliarden US-Dollar betragen und nach dem Erdöl mittlerweile die zweitwichtigste Devisenquelle darstellen, wäre der soziale Sprengstoff in Mexiko weitaus größer.

4. Angesichts des hohen Gewalt- und

Kriminalitätsniveaus besteht eine weitere Herausforderung in der Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. So haben etwa die Fälle von Entführungen mit Lösegeldforderung und die Zahl der Todesopfer rivalisierender Drogenkartelle in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

5. Schließlich stellen sich dringende Aufgaben auch beim Umwelt- und Ressourcenschutz. Die massiven Engpässe bei der Wasserversorgung von Mexiko-Stadt aufgrund des rapide fallenden Grundwasserspiegels sind nur ein Beispiel für die vielen Probleme, die in diesem Bereich angegangen werden müssen.

Herausforderungen angesichts der Polarisierung des Landes

Den Ergebnissen der Präsidentschaftswahl nach zu urteilen, ist Mexiko gewissermaßen territorial und sozial zweigeteilt. Jeder der beiden Aspiranten gewann die Hälfte, das heißt jeweils 16 der Bundesstaaten, wobei der Kandidat der konservativen PAN überwiegend im industrialisierten Norden vorne lag, sein Konkurrent des PRD insbesondere im ärmeren ländlichen Süden. Entsprechend stimmten die Wähler der unteren Einkommensklassen tendenziell für López Obrador, die mit höheren Einkommen eher für Calderón.

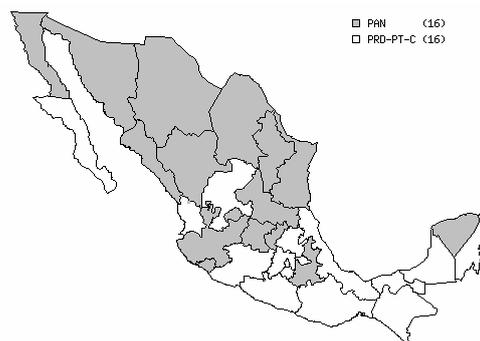
Bei den zeitgleich durchgeführten Parlamentswahlen fiel die Spaltung in zwei Lager nicht so deutlich aus wie bei den Präsidentschaftswahlen. Vielmehr konnte hier auch die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die über 70 Jahre den mexikanischen Präsidenten gestellt hatte, noch eine relativ große Unterstützung verbuchen. Mit 106 Sitzen wurde sie im Abgeordnetenhaus allerdings erstmals nur drittstärkste Kraft. Daneben sind fünf weitere kleinere Parteien im Abgeordnetenhaus vertreten. Im Senat gestalten sich die Proportionen ähnlich, allerdings erhielt die PRI hier die zweitgrößte Zahl an Mandaten.

Anders als unter Präsident Fox ist die Regierungspartei PAN nun stärkste Fraktion im Parlament (206 Mandate). Jedoch

erlangte auch sie nicht die absolute Mehrheit und ist damit auf die Bildung von Koalitionen angewiesen. Dabei ist die PRI das Zünglein an der Waage: Einerseits würde die PAN mit der PRI die absolute, in Koalition mit weiteren Parteien sogar eine für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit erreichen, andererseits könnte die PRI in einer Koalition mit der PRD (127 Sitze) die Regierungsvorhaben der PAN blockieren. Die größte Herausforderung für Calderón wird somit zunächst darin bestehen, eine Politik der konstruktiven Konsensfindung zu betreiben und insbesondere Forderungen seiner politischen Gegner in das Regierungsprogramm aufzunehmen, um angesichts der konträren Positionen überhaupt zu tragfähigen Politikergebnissen zu gelangen.

Karte

Unterstützung der Präsidentschaftskandidaten in den Bundesstaaten



Quelle: <<http://www.electionresources.org/mx/mapas/presidente.php?election=2006>>, 11.9.2006.

Parallelpräsident López Obrador?

Die Besetzung der zentralen Verkehrsader und des Hauptplatzes von Mexiko-Stadt mit einem Zeltlager durch Tausende von Anhängern López Obradors und die Verhinderung der Verlesung der Rede an die Nation von Präsident Fox im Parlament Anfang September durch die Abgeordneten der PRD geben einen Eindruck vom Mobilisierungs- und Obstruktionspotential des unterlegenen Kandidaten. Nach dem Urteil des Obersten Wahlgerichts kündigte López

Obrador weitere Proteste und die Verhinderung des Amtsantritt Calderóns am 1. Dezember an sowie die Abhaltung eines »Nationalen Demokratischen Konventes« mit der Ausrufung einer parallelen Regierung am 16. September. Brisant ist letztere Ansage insofern, als an diesem Datum, dem Jahrestag der mexikanischen Unabhängigkeit, traditionell eine Militärparade auf den derzeit besetzten Straßen und Plätzen der Stadt abgehalten wird. Auch wurden bereits Befürchtungen laut, die Lage könnte ähnlich wie im Bundesstaat Oaxaca eskalieren, wo es jüngst infolge von sozialen Protesten bereits Todesopfer gab.

Allerdings gab López Obrador kürzlich bekannt, das Stadtzentrum bis zum 16. September zu räumen, um eine Konfrontation mit dem Militär zu vermeiden. Fraglich ist angesichts seines Umfragen zufolge schwindenden Rückhalts in der Bevölkerung zudem, wie lange es ihm gelingen wird, Massen zu mobilisieren. Die Aussicht, dass López Obrador seine Ziele erreicht, ist langfristig nicht zuletzt deshalb gering, weil ihm die Instrumente zu deren Durchsetzung fehlen. Dennoch bleibt abzuwarten, welche Unterstützung der »Nationale Demokratische Konvent« und eine eventuelle Parallelregierung gewinnen. Je weniger es der neue Präsident schafft, seine Gegner einzubeziehen und zu überzeugen, desto größer dürfte das Mobilisierungspotential der Anhänger von López Obrador sein.

Mexikos Regierbarkeit und internationale Handlungsfähigkeit auf dem Prüfstand

Felipe Calderón hat sich in seiner ersten Rede als designierter Präsident äußerst dialog- und kooperationsbereit gezeigt. Als die drei wichtigsten Herausforderungen seiner Regierung nannte er Armut und soziale Ungleichheit, öffentliche Sicherheit und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Damit hat er bereits vor Regierungsantritt ein zentrales Element des Diskurses seines Opponenten übernommen. Gemessen werden wird er freilich an seinen Taten und nicht

an seinen Worten. Zumal ein großer Teil der Bevölkerung zutiefst enttäuscht von der Performance seines Amtsvorgängers Vicente Fox ist, der seinem Anspruch als Präsident des Wandels nicht gerecht wurde. Immerhin wird Calderón ein größeres Verhandlungsgeschick als Fox attestiert. Auch ist er – anders als dieser – Berufspolitiker mit einer langen Karriere in der PAN. Somit dürfte ihm im Gegensatz zu Fox auch die Unterstützung seiner Partei gewiss sein. Schließlich haben die Parteien im Kongress bereits eine konstruktive Zusammenarbeit angekündigt.

Außenpolitisch steht Mexiko vor der Aufgabe, sich aus der gewissen internationalen Isolierung zu befreien, die sich unter anderem aus den zunehmenden Integrationsbestrebungen Südamerikas und dem wegen der Migrationsproblematik schwierigen Verhältnis zu den USA ergibt. Ungeachtet dessen, dass das konservativ regierte Mexiko im derzeitigen lateinamerikanischen Kontext weitgehend alleine dasteht, kündigte Calderón bereits eine aktive Außenpolitik und »respektvolle« Beziehungen zu allen lateinamerikanischen Regierungen »ohne Ausnahme« an. Zumindest zu den USA dürfte der Harvard-Absolvent leichter Zugang finden als López Obrador. Die Beziehungen zu Europa sollen ausgebaut werden. Letztendlich wird der außenpolitische Erfolg Mexikos allerdings auch vom politischen Geschick des künftigen Außenministers abhängen.

Trotz der höchst komplexen innenpolitischen Situation könnte es Felipe Calderón gelingen, für mehr nationale Einheit und Dialog zu sorgen. Schafft er dies nicht, stehen Mexiko möglicherweise turbulente Monate oder Jahre ähnlich den letzten Wochen bevor. Davon würde neben der mexikanischen Bevölkerung auch die internationale Handlungsfähigkeit des Staates schwer in Mitleidenschaft gezogen. Als größtes spanischsprachiges Land, als wichtiger Partner der EU in der Region und aufgrund seiner Funktion als Brücke zwischen Lateinamerika und den USA kann sich Mexiko dies jedoch nicht leisten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364